

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

96 (10.12.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FORVS

2. Jahr Nr. 96 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Mittwoch, 10. Dezember 1947

Der Triumph des deutschen Einheitswillens

Voller Erfolg des Volkskongresses - 2215 Delegierte - Wahl einer deutschen Delegation für London

Berlin, 6. Dez. (Südena) Der erste Tag des Volkskongresses in der Berliner Staatsoper im Admiralspalast, an welchem über 2000 Delegierte teilnahmen, verlief in Gegenwart zahlreicher ausländischer Beobachter, die in der Ehrenloge Platz genommen hatten. In der ersten Reihe saßen der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, General Kotikow und Oberst Tulpanow. Ebenso Offiziere der britischen, amerikanischen und französischen Militärregierungen als offizielle Beobachter.

Berlin, 6. Dez. (UT) Aus allen Teilen Deutschlands hatten sich 2215 Delegierte, von denen Hunderte „illegal“ die Zonengrenzen überschreiten mußten, am Samstag und Sonntag in Berlin versammelt. Wilhelm Pieck hielt die Eröffnungsansprache, in der er die Stellung und die Aufgaben des Kongresses in der gegenwärtigen politischen Situation Deutschlands umriß. In seiner Darstellung der Vorgeschichte des Kongresses kritisierte Pieck Dr. Schumacher wegen seiner systematischen Opposition gegen jede nationale Repräsentation und den Vorsitzenden der CDU, Jakob Kaiser, wegen seiner ablehnenden Haltung dem Volkskongreß gegenüber.

Die Einstellung der amerikanischen Militärregierung bezeichnete Pieck als „einzigartig“. Zum Verbot eines Plakates für den Kongreß sagte er: Es mag nicht gern gesehen werden, daß es zu dem Kongreß gekommen ist, auf dem das deutsche Volk seine Wünsche an die Londoner Außenministerkonferenz zum Ausdruck bringt. Aber die amerikanische Militärregierung wird verstehen und durch die Zusammensetzung und die Beratungen des Kongresses sich überzeugen:

das deutsche Volk setzt in dieser kritischen Zeit alles daran, seine eigenen Interessen zu wahren.

Die Begeisterung, die die Einberufung des deutschen Volkskongresses besonders bei den werktätigen Massen Deutschlands hervorgerufen hat, wird uns reichlich dafür entschädigen, daß wir uns mit dieser Einberufung die Unterstützung der amerikanischen Militärregierung zugezogen haben.

Als Vertreter des Berliner Magistrats begrüßte Dr. Acker den Volkskongreß.

Otto Grothwohl:

Einheit Deutschlands und gerechter Frieden

Zu diesem Hauptthema des Kongresses führte Otto Grothwohl aus: Wir erheben unsere Stimme nicht anmaßend und nicht als Vertreter einzelner Parteien, einzelner Glaubensbekenntnisse oder Bevölkerungsschichten, sondern als Deutsche, die unter der gleichen Not leiden und in der gleichen Sorge leben. Die Einheit Deutschlands und der Frieden stehen uns allen viel zu hoch, als daß wir sie zu Manövern zwischen den Parteien herabwürdigen dürfen.

Aus einer Gesinnung des Friedens und der Verantwortung für die demokratische Entwicklung leiten wir die Berechtigung her, die Außenministerkonferenz in London zu bitten, eine Vertretung des deutschen Volkes anzuhören.

Was man den Hauptkriegsverbrechern in Nürnberg gewährt hat, nämlich eingehende Verteidigungsmöglichkeiten, kann dem deutschen Volke nicht verweigert werden.

Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Einheit Deutschlands sind nicht eingehalten worden. Seitdem sind Monate über Monate ins Land gegangen. Das deutsche Volk hat voll Hoffnung und Erwartung von einer internationalen Konferenz auf die andere geschaut. Was ist aber in mehr als zwei Jahren aus dem „einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen“ geworden? Die Zonengrenzen sind höher und höher geworden. Man schuf in Abweichung von den Berliner Konferenzbeschlüssen Zwei-Zonenabkommen und Zweizonenwirtschaftsräte, Wirtschaftskommissionen und redet heute bereits von Tri-zonen. Engster Partikularismus bebann aus dem Boden zu schießen und wunderlichste Blüten zu treiben. Das Saargebiet wurde einseitig unter die Botmäßigkeit Frankreichs gestellt. Ruhrindustrie und andere Industriezweige wurden durch ausländisches Kapital überfremdet. Die öffentliche Meinung in Presse und Politik wurde nicht nach deutschen, sondern nach alliierten Wünschen und Interessen entwickelt, bis die deutschen Menschen anfangen, sich in ihrer eigenen Muttersprache nicht mehr zu verstehen.

Wir können in unserem Vaterlande von einer Zone zur anderen schwerer gelangen, als früher ins Ausland. Im Zeitalter des Telefons, des Telegraphen, des Radios, der Eisen-

bahn, des Flugzeugs und des Autos leben wir in einem Zustand schlimmster wirtschaftlicher, politischer und kultureller Krähwinkel.

Es ist trotz aller Konferenzen in Berlin, Paris, Moskau und London für Deutschland nicht besser, sondern schlechter geworden. Die Entwicklung ging nicht nach vorn, sondern sie vollzog sich in weiten Teilen Deutschlands nach der Parole: „Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo.“

Die Gegner der politischen Einheit stehen auf sehr wackligen Füßen. Ein Blick in die Geschichte Deutschlands beweist uns, daß die Zeiten des Föderalismus und Partikularismus auch gleichzeitig die Zeiten der schlimmsten und schwärzesten Reaktionen waren. Auch der Hinweis, daß ein einheitliches Deutschland wiederum zu einer außenpoliti-

schen Weltgefahr, wie unter Hitler werden müsse, ist irrig. Der Föderalismus ist ebensowenig eine Garantie für die Sicherheit der Nachbarn, wie es der Einheitsstaat war. Die verschiedenartigen staatsrechtlichen Gestaltungen Deutschlands haben gezeigt, daß die Staatsform mit der Frage der Sicherheit nichts zu tun hat. Weder der Norddeutsche Staatenbund Bismarcks, noch der Hitlersche überzentralisierte Staat konnten verhindern, daß Europa von Deutschland mit Krieg überzogen wurde. Die Friedenssicherung liegt nicht in der staatsrechtlichen Form, sondern einzig und allein im Inhalt und Geist.

Der Wille nach Einheit kann in Deutschland durch Beschlüsse und Anordnungen ebensowenig beseitigt oder gesprengt werden, wie der pythagoräische Lehrsatz. Für den Fall, daß die Alliierten sich nicht ent-

Berlin und London

* Der Deutsche Volkskongreß in Berlin war nicht nur der repräsentativste Ausdruck des deutschen Volkswillens, sondern überhaupt die letzte und einzige Chance, Deutschlands Stimme vor dem Forum der Außenminister-Konferenz in London zu erheben.

Die gewählte Delegation, die alle politischen und weltanschaulichen Gruppierungen umfaßt, welche wirklich die Einheit Deutschlands, einen gerechten Frieden und die neue Demokratie wollen, wird sich zum Dolmetsch der Nation in London machen.

Für Alle, die abseits stehen blieben, oder den Versuch machten, den Kongreß zu diskreditieren und zu verhindern, bringt der glänzende Erfolg eine schwere politische Niederlage. Daß die SPD unter der Führung Dr. Schumachers zu den Saboteuren des Volkskongresses gehört hat, ist wiederum ein trauriges Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Möge dies für die weiterblickenden Sozialdemokraten die Lehre sein, in ihren Reihen noch stärker um die sozialistische Einheit zu kämpfen.

Manifest des deutschen Volkskongresses

Berlin, 7. Dez. (Südena) Der in Berlin tagende Deutsche Volkskongreß hat am heutigen Sonntag einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden aus Vertretern aller Volkskreise der politischen Parteien und aller weltanschaulichen Richtungen, der Gewerkschaften und aller anderen antifaschistischen demokratischen Organisationen aus ganz Deutschland ist der lebendige Willensausdruck ganz Deutschlands für einen baldigen und gerechten Frieden.

Der Deutsche Volkskongreß wünscht, daß dieser Wille des deutschen Volkes durch eine vom Kongreß demokratisch gewählte Delegation vor der Konferenz der Außenminister in London begründet und zu Gehör gebracht wird.

Das deutsche Volk wünscht einen den Grundsätzen der Beschlüsse der alliierten Mächte in Jalta und Potsdam entsprechenden Frieden, der ihm die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern zusichert, ihm eine freie demokratische Entwicklung und die völlige Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit ermöglicht.

Das deutsche Volk ist tief von dem Willen durchdrungen, die Kräfte des Krieges in seinem Lande unschädlich zu machen, die demokratischen Kräfte zu stärken und damit zur Sicherung des Friedens beizutragen.

Das deutsche Volk wünscht, daß der Friedensvertrag die wirtschaftliche und politische Einheit gewährleistet oder daß dem deutschen Volk das Recht zuteil wird, durch eine Volksabstimmung selbst darüber zu entscheiden. Eine Aufteilung Deutschlands in Staaten oder Zonengebiete würde den Aufbau der deutschen Wirtschaft und die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gefährden. Zur Sicherung seiner materiellen Existenz muß es dem deutschen Volk durch den Friedensvertrag ermöglicht werden, den Ertrag der Landwirtschaft zu steigern und eine leistungsfähige Friedensindustrie zur Deckung des Eigenbedarfs und für den Export zu entwickeln.

Das deutsche Volk wünscht von der Konferenz der Außenminister in London die Bildung einer zentralen deutschen Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien. Diese Regierung soll auf der Friedenskonferenz gehört werden und die Aufgabe haben, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Das deutsche Volk wünscht, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen eine Nationalversammlung gewählt wird, welche die Aufgabe der Ratifizierung des Friedensvertrages hat.

Der Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden erhebt diese Wünsche im Bewußtsein der großen Verantwortung, die das deutsche Volk den anderen Völkern gegenüber trägt. Die versammelten Frauen und Männer sind entschlossen, ihre ganze Kraft für eine friedliche Verständigung mit allen Völkern einzusetzen.

London: Wirtschaftseinheit und Zentralregierung

Die Außenminister zur vordringlichsten deutschen Frage

London. Die Außenminister befaßten sich mit der vordringlichen Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Bidault sagte, daß seine Regierung es nicht ablehne, Gesamtdeutschland als Wirtschaftseinheit zu behandeln, jedoch dürfe eine solche Entscheidung nicht das Statut des Ruhrgebiets und des Rheinlands vorwegnehmen und am wirtschaftlichen und währungsmäßigen Anschluß des Saar-gebiets etwas ändern. Das sei die Basis der französischen Einstellung. Wenn die in Aussicht genommenen Abkommen über die deutsche Kohle verwirklicht, und dem Wiederaufbau Deutschlands kein Vorrang eingeräumt werde, so könne Frankreich dem Vorschlag auf eine Stahlproduktion von 10-12 Mill. to. zustimmen. Auf „andere Begrenzungen“ zu sprechen kommend, erklärte Bidault, daß die Liste der verbotenen Industrien revidiert werden könne, wenn damit eine wirkliche Kontrolle erreicht und die Zahl auf ein Minimum reduziert werde.

Marshall erklärte, daß in Moskau festgelegt worden sei, jede Entscheidung über die politische Organisation Deutschlands der Aufrichtung der wirtschaftlichen Einheit unterzuordnen. Es sei unnütz, über eine deutsche Zentralregierung zu diskutieren, solange nicht die Bedingungen geschaffen seien, unter denen eine Regierung arbeiten könne. Eine solche Regierung müsse in der Lage sein, Deutschland ohne irgend welche Einmischung von außen zu verwalten. Die Prinzipien der Amtsführung einer solchen Regierung seien die Garantie der Freiheit des Individuums, Abschaffung der Zonengrenzen, freien Waren- und Reiseverkehr und freien Austausch der Ideen in ganz Deutschland. Es sei klar festzulegen, welche wirtschaftlichen Lasten das deutsche Volk zu tragen habe. Weiter wären die Beziehungen des Kontrollrats zur deutschen Regierung und die Schutzmaßnahmen gegen eine mögliche deutsche Aggression festzusetzen. Es sei festzulegen, daß man sich entscheide, und daß die Teilung Deutschlands ein Ende

Molotov verglich die von Marshall gemachten Vorschläge mit den Empfehlungen des Harriman-Ausschusses, der seinerzeit mit der Vorbereitung des Marshall-Plans beschäftigt war. „Wer hat nun recht?“ fragte Molotov. „Marshall, der hier die deutsche Einheit vertritt, oder Harriman, der eine Teilung Deutschlands befürwortete?“ Die Schaffung der wirtschaftlichen Einheit sei längst die Aufgabe. Er beschuldigte die Amerikaner, mit der Bizone Entscheidungen getroffen zu haben, die die früheren Beschlüsse verletze. Das hätte zum Ergebnis, daß die Industrieproduktion der Bizone sich nur auf 35 Prozent des Standes von 1938 belaufe, während sie

in der Ostzone 52 Prozent betrage. Dies sei das praktische Ergebnis der Teilung Deutschlands. Molotov ging dann zur Rolle des deutschen Volkes über und stellte fest, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten „dem deutschen Volk selbst keine Beachtung schenken.“ Die deutsche Wirtschaftseinheit könne nur dann wieder hergestellt werden, wenn die Potsdamer Beschlüsse durchgeführt und gesamtdeutsche Wirtschaftsbehörden geschaffen würden. Dies würde ein Schritt in Richtung auf eine gesamtdeutsche Regierung sein. Ohne die kann es keine deutsche Wirtschaftseinheit geben.

Französische Wünsche auf Gebietsaustausch

Schwierigkeiten mit Bizone - Keine Begünstigung des Separatismus

London. Botschafter Tarbe de Saint Hardouin der politische Berater des Generals König und Stellvertreter Bidaults auf der Londoner Konferenz, hat den Vertretern von „Südena“ und „Kosmos“ folgende Antworten auf Fragen gegeben:

Frankreich ist grundsätzlich einer Viererpolitik zugeneigt und hat das Prinzip der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands anerkannt. Die Vereinigung der drei Zonen stelle ernsthafte Schwierigkeiten. Die amerikanischen Stellen seien über die französischen Wünsche über den Austausch von Gebieten zwischen der amerikanischen und französischen Zone unterrichtet. Diese Wünsche gingen auf eine Berichtigung, so daß nicht die Grenze durch Gebiete gezogen werde, die nach Tradition und Geschichte und nach den wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengehörten.

Auf die 3. Frage antwortete der Botschafter mit aller Entschiedenheit, daß Frankreich keine separatistische Bewegung in der Westzone begünstige. Es fordere einen beson-

deren Status für das Rheinland, damit dieses Gebiet nicht wieder als Glacis für einen Angriff dienen könne. Dies bedeute aber keineswegs die Begünstigung eines Separatismus. Mit der wirtschaftlichen Eingliederung des Saargebiets sei auch ein besonderer politischer Status für das Saargebiet verbunden. Dies beziehe sich aber nicht auf Rheinland und Ruhrgebiet oder gar auf die französische Zone. Frankreich sei überzeugt, daß im Rahmen eines Föderalismus die West- und Südstaaten des ehemaligen Reiches, die einem lateinischen westlichen Einfluß eher zugänglich seien, als Brücke zwischen Osten und Westen dienen könnten.

Frankreich sehe vor, Zug um Zug von der direkten zur indirekten Kontrolle übergehen und mehr und mehr die Verantwortlichkeit den deutschen Behörden übertragen zu können. Im Zusammenhang damit stehe eine Verminderung der Zahl der in der Zone tätigen Franzosen. Diese Verminderung sei bereits eingetreten und werde fortgesetzt werden.

bedarfs und für den nötigen Export zu entwickeln.

Wir denken mit tiefster Besorgnis an die Sitzung des Rates der Außenminister in London vom 1. Dezember, wo der amerikanische Vorschlag behandelt wurde, daß die deutsche Verfassung Maßnahmen enthalten sollte, welche vorsehen, daß alle Vollmachten nach dieser Verfassung unter der Bedingung der Beobachtung der Friedensregelung ausgeübt werden würden. Wir danken es dem sowjetischen Außenminister Molotow, daß er dem amerikanischen Vorschlag die zutreffende Kennzeichnung gab, als er sagte: „Wenn wir wünschen, das neue demokratische Deutschland von den Launen gewisser Siegerländer abhängig zu machen, so wird es nicht Deutschland sein, sondern eine Art Kolonie im Herzen von Europa. In Kolonien kann entsprechend den Launen des herrschenden Landes gehandelt werden, aber

es ist unmöglich, Deutschland in eine Kolonie zu verwandeln.

Niemand wird damit Erfolg haben. Der Säbel ist zwar der Säbel, aber er ist nicht das Recht. Keine Staatsverfassung ist unveränderlich und kein Mensch kann versprechen, an der Staatsverfassung niemals etwas zu verändern. Ein solches Versprechen wäre rechtswidrig und müßte damit rechtsunwirksam werden. Soviel sollte die Welt aus dem Versailler Friedensvertrag wirklich gelernt haben, daß

es nichts nützt, den Krieg zu gewinnen, um den Frieden zu verlieren.

Gewiß, Deutschland wird auf die Hilfe anderer Völker angewiesen sein. Es wird sie nehmen müssen, woher sie kommt, wenn nicht damit schon die Bedrohung unserer staatlichen Souveränität verbunden ist, ehe wir sie zurückerhalten haben. Hilfe ist gut, und wir werden sie dankbar anerkennen, aber Ketten bleiben Ketten, auch wenn sie aus Gold sind. Mit aller Eindringlichkeit mahnte Grothwohl zum Schluß zur Einigkeit innerhalb des deutschen Volkes und schloß mit dem Ruf: „Gebt uns unsere Einheit! Gebt uns einen gerechten Frieden!“

Als zweiter Redner sprach der Vorsitzende der Liberal-Demokraten (LDP) Dr. Wilhelm Kütz. Unter großem Beifall stellte er fest, daß der Volkskongreß, der

getragen wird von einer mächtvollen Volksbewegung, vollauf berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Friedens.

Der sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Erich Geske erklärte, daß die Ablehnung einer Beteiligung am Kongreß seitens des SPD-Vorstandes dem Willen zahlloser Sozialdemokraten widerspräche. Er protestierte gegen die Knebelung der westdeutschen Wirtschaft zu Gunsten der USA-Monopole und forderte die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, um den zum Ausdruck gebrachten Willen des ganzen deutschen Volkes zur Einheit verwirklichen zu können.

Max Reimann (Vorsitzender der KP britische Zone) schilderte den starken Widerhall, den der Aufruf zum Volkskongreß in Westdeutschland gefunden habe und legte die Notwendigkeit der demokratischen Erneuerung dar, durch die allein der Weiterbestand des deutschen Volkes gesichert wird. Der Kohlenbergbau müsse nationales Eigentum des deutschen Volkes werden. Jeder Friedensvertrag, der dem nicht Rechnung trägt, sei kein gerechter Friede.

Otto Nuschke vom Hauptvorstand der CDU, betonte, daß die Bemühungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zur Sache einer mächtigen Volksbewegung geworden sei. Wer den Volkskongreß verleumde, tue dies

aus Angst vor der Kraft des Volkes, dessen Wille zur Einheit alle Zonengrenzen überflutet.

(Fortsetzung des Kongreßberichts nächste Nummer)

Frauenkongreß wählte Delegierte f. London

Berlin (Südena). Mit der Wahl von Frauen-Delegierten für die Entsendung nach London und mit der Billigung eines Schreibens an den Außenminister und eines Manifestes an die deutschen Frauen schloß die vom Demokratischen Frauenbund einberufene interzonale Frauentagung in Berlin. In dem Schreiben werden die Außenminister gebeten, einer gesamtdeutschen Vertretung bei den Londoner Verhandlungen zuzustimmen und einer Delegation deutscher Frauen Gehör zu geben. Im übrigen setzt sich das Schreiben für Beseitigung der Zonengrenzen, Bildung einer Zentralregierung, eines deutschen Parlaments und für Abhaltung einer allgemeinen Volksabstimmung über die Frage der nationalen Einheit Deutschlands ein.

In der Schlußsitzung gab die Delegierte der Internationalen Frauenföderation, Frau Parfjownowa (UdSSR) einen Überblick über die internationale Frauenarbeit.

„Marshall-Plan in Gefahr“

Washington. (Dena-Reuter). Ermittlungen über die Haltung der Kongreßmitglieder zum Marshall-Plan haben ergeben, daß in den letzten Wochen innerhalb des Kongresses eine Tendenz spürbar ist, welche die Billigung eines ausreichenden Europa-Hilfsprogramms auf lange Sicht gefährden könnte. In offiziellen Kreisen beginnt man zu befürchten, daß der Kongreß jeden zur Billigung vorgelegten Hilfsplan derart beschneiden wird, daß er seinen ursprünglichen Zweck nicht mehr erfüllt. Der Washingtoner Vertreter der „New Republic“ warnt: „Der Marshall-Plan ist in Gefahr.“

Eine amtliche Ermittlung ergab, daß der Plan, dessen Verabschiedung durch den Kongreß noch vor wenigen Wochen sicher erschien, jetzt unlösbar mit dem Inflationsproblem verbunden ist, und daß sein Schicksal weitgehend vom Ausgang dieses Konfliktes abhängt.

Unsere badische Kampagne für die deutsche Einheit

Gegen Separatismus, Autonomismus und Föderalismus

Die föderalistischen Machenschaften der geheimen Klosterkonferenz und, im Zusammenhang damit, die Pläne des südbadischen Staatspräsidenten Wohleb zu einer „Föderativen Republik“ samt der unverhohlenen Drohung, das „Udenkbarste“ zu tun, rufen allenthalben Aufsehen, Unwillen und Empörung hervor.

Das badische Volk, soweit es wirklich demokratisch eingestellt ist, verlangt — ohne Unterschied der Partei — daß sich der Herr Staatspräsident klipp und klar zu seinen Staatsreisen, Verhandlungen und Plänen im Landtag und in aller Öffentlichkeit äußere!

Auch gegen den separatistischen Unfug gewisser Repräsentanten der CDU, wie der Schwäbischen Alemannen und der „permanenten autonomen Ebderalisten“ muß im Landtag und in der Öffentlichkeit nachdrücklich und schnell eingeschritten werden.

Das Land Baden hat sich mit dieser separatistischen, autonomistischen und föderalistischen Aktivität in ganz Deutschland einen schlechten politischen Namen gemacht. Noch angesichts der Londoner Konferenz muß dieser Makel durch eine klare Stellungnahme des Landtags beseitigt werden.

Lahr. Die demokratische Zeitung „DAS NEUE BADEN“ nimmt Stellung gegen die badischen autonomen Föderalisten, die von Singen aus gegen die deutsche Einheit konspirieren und schreibt: „Ohne großen Apparat hat eine kleine Clique von politischem Verständnis ungetrübter, aber dafür mit umso mehr Skrupellosigkeit ausgestatteter Politiker „Diplomatie“ gespielt und dem Kontrollrat „seine Auffassung“ über die zukünftige Gestaltung Deutschlands mitgeteilt. Hier versuchen einige separatistischen Ideen angekränkelte „Auch-Politiker“ ihre eigene Suppe zu kochen, ohne dazu in irgend einer Form legitimiert zu sein. Man soll derartige Dinge nicht überschätzen, — aber auch kranke Menschen können zu einer Gefahr für die Umwelt werden. Es wird Zeit, daß sich Regierung und Parteien etwas mehr mit den „Singener Weiterenerern“ beschäftigen.“

Gießen. (UT.) Nach einer Meldung der „Gießener Freien Presse“ soll Dr. Otto Strasser in Württemberg-Baden bereits einen Antrag auf Zulassung eines „Bundes der deutschen Erneuerung“ gestellt haben. Ferner beabsichtige Strasser, eine europäische Konföderation auf christlicher Basis zu gründen.

Paris. (Südena-AFP). In amtlichen Kreisen werden die Behauptungen der Sowjetpresse, daß geheime Verhandlungen vor oder seit der Moskauer Konferenz zwischen der französischen und österreichischen Regierung hinsichtlich der französischen Interessen in Oesterreich stattgefunden haben, ausdrücklich dementiert.

Tumult im Landtag

München. Im Bayrischen Landtag griff der Landesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Dr. Thomas Dehler, Ministerpräsident Dr. Ehard wegen seiner föderalistischen Rede scharf an. Er sei erschüttert über die Ansicht Dr. Ehard, daß das Deutsche Reich bereits zerfallen sei. „Wenn es nicht unser aller Wille ist“, rief er aus, „daß Deutschland besteht, verzagen wir an unserer geschichtlichen Aufgabe. Länder- und Zonen-Demokratie seien nur ein Notbehelf. Eine eigene Souveränität Bayerns könne er nicht anerkennen. Es sei eine Schande, wenn man am Vorabend des Jubiläums des Frankfurter Bundestages von 1848 sagen müsse, daß Deutschland erst durch einen Verrat geschaffen werden muß. Auch in eigenen Ländern, nicht nur im Ausland und den anderen deutschen Ländern, wachse der Widerstand gegen ein starkes Bayern.“

Während der Rede Dr. Dehlers kam es infolge von Störversuchen und Zwischenrufen der CDU zu tumultischen Szenen. Ein Schauspiel — wie der „Südkurier“ bemerkt —, das angesichts der Londoner Konferenz und der Einheit, die zumindest im gesamtdeutschen Denken aller Parteien sich ausdrücken sollte, beschämend war.

Wohlebs „Udenkbarste“

Die Enthüllungen im Zusammenhang mit der Klosterkonferenz und den „außenpolitischen Staatsreisen“ des Herrn Wohleb beschäftigen auch die Presse außerhalb Badens. Wir bringen nachstehend auszugsweise einen Artikel des „Schwäbischen Tagblattes“ (Tübingen) über den Standpunkt einer politisch neutralen Zeitung in Südwürttemberg zum Ausdruck bringt. Diese ersten Betrachtungen weisen wieder einmal mehr, daß eine absolut klare und sachliche Stellungnahme von Staatspräsident Wohleb notwendig ist! Denn mit Ausflüchten und Schimpfkanonaden gegen die wachsenden Kommunisten wird der Fall nicht erledigt. Hier der Auszug aus dem Artikel des „Schwäbischen Tagblattes“ Nr. 96:

„Süddeutscher Bundesstaat“

In den letzten Tagen ging durch verschiedene Zeitungen diesseits und jenseits der Zonengrenze eine Meldung, die besagte, der Staatspräsident von Südbaden, Wohleb, habe bei seinen Besuchen in München bei Ministerpräsident Ehard, und in Tübingen bei Staatspräsident Bock u. a. die Vorbereitung einer Föderation süd- und südwestdeutscher Länder besprochen.

Diese Nachricht verleitete zum Nachdenken, selbst auf die Gefahr hin, Nachricht und Gedanken dementieren zu müssen. Die Nachricht wurde bereits dementiert, von Ministerpräsident Ehard, wie von Staatspräsident Bock — hört man. Ehard soll von „glatt erfunden“ gesprochen haben und weiß von nichts. Auf dem Schönenberg bei Ellwangen seien nur interne CDU-Probleme diskutiert worden.

kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

MÜNCHEN. Von den vor dem Krieg in Deutschland vorhandenen etwa 14 000 Straßenbahn-Triebwagen und den etwa 12 000 Anhängern wurde ungefähr ein Drittel durch den Krieg zerstört.

MÜNCHEN. Die Militärgerichte in Dachau haben bisher gegen mehr als 16 000 SS-Männer und Kapos Untersuchungen geführt. Etwa 15 000 der Angeklagten sind wegen ungenügender Beweise ohne Gerichtsverfahren entlassen bzw. an deutsche Internierungslager überwiesen worden. In den übrigen Fällen wurden 463 Angeklagte zum Tode durch den Strang verurteilt.

MÜNCHEN. Das bayrische Justizministerium bereitet die Wiedereinführung der Schöffengerichte in Bayern vor.

HANNOVER. Bezugsmarken für 2 Millionen Paar Schuhe sollen in der britischen Zone und im britischen Sektor Berlins bis 31. Dezember an die Bevölkerung ausgegeben werden.

LUDWIGSBURG. Die Spruchkammer des Frauen-Internierungslagers Ludwigsburg leitete die ehemals stellv. Reichsaußenchefsleiterin Else Paul in die Gruppe der Hauptschuldigen ein und verwies sie für die Dauer von drei Jahren in ein Arbeitslager.

BERLIN. Sämtliche Angeklagte im Kriegsverbrecherprozeß in Witebsk wurden vom sowjetischen Militärgericht für schuldig befunden und zu 20 Jahren Arbeitslager verurteilt.

BERLIN. Eine neue LDP-Zeitung als Organ des Landesverbandes Berlin mit Karl Schwennicke, dem Vorsitzenden der Berliner LDP als Lizenzträger, wird voraussichtlich ab Januar 1948 „Das Montags-Echo“ erscheinen.

HANNOVER. Als erste Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat die KPD einen Gesetzentwurf zur Bodenreform eingereicht, wonach jeglicher Grundbesitz über hundert Hektar enteignet werden

tiert worden — in Tübingen nicht minder. Dementis sind meist glaubwürdiger als Nachrichten — also kein Grund zu zweifeln.

Indes könnte ja mal so etwas passieren und so fragen, wir prophylaktisch schon heute: Sollte irgendeine Verfassung irgendeinen Minister- oder Staatspräsidenten beauftragt haben, von sich aus Duodez-Republiken dieser oder anderer Färbung zu gründen? Kaum anzunehmen. Sicherlich wäre aber die Bevölkerung dieser Länder nicht damit einverstanden. Deutscher Bundesstaat oder Einheitsstaat, darüber läßt sich diskutieren, aber nicht über süd- und norddeutsche Föderation.

Inzwischen war jedoch in badischen Blättern bereits allerlei zu diesem Thema zu lesen, u. a. daß, sobald die Zeit dazu reif sei, zur Kenntnis gebracht werde, was Staatspräsident Wohleb Verdienstvolles vollbracht habe. Ja, da ist ein Anspruch Wohlebs, der besonders skeptisch stimmt: er würde auch das „Udenkbare“ tun, wenn es nur der „großen Sache“ diene. Die Zeit des „Udenkbaren“ ist doch eben erst um — und soll auch nicht wiederkehren. Man weiß nie, was da dann wieder an „Udenkbarem“ herauskommt. cz.

Nachdem das „Udenkbarste“ des Herrn Wohleb also nicht nur UNSERN TAG, sondern die weite Öffentlichkeit mit Recht beschäftigt und beunruhigt, wäre es nunmehr an der Zeit, daß Herr Wohleb sich ganz kongret selbst äußert zur Auslegung seines großen Wortes, daß er auch vor dem „Udenkbarsten nicht zurückschrecke“.

Das zu fordern hat insbesondere das Badische Volk ein dringendes Anrecht. Denn es muß wissen, was sein Staatspräsident für geheime Pläne schmiedet, die es unter Umständen einmal teuer bezahlen muß.

Kongreß der Widerstandsbewegung

Rom. Auf dem Kongreß der italienischen Widerstandsbewegung nahmen französische, sowjetische, jugoslawische, österreichische, ungarische, tschechoslowakische, holländische, dänische, luxemburgische und republikanisch-spanische Delegationen teil. Es wurden die politischen Aufgaben der Widerstandsbewegung in der ganzen Welt im Kampf gegen den Neofaschismus festgelegt.

„Streik ist strafwürdig“

Thorez zum Anti-Streikgesetz — Regierung verhandelt mit Gewerkschaften

Paris. Das von der Nationalversammlung angenommene Antistreikgesetz hebt im Art. 1 ausdrücklich die im Strafgesetzbuch enthaltenen Bestimmungen bezüglich der freien Arbeitsausübung auf. Das Gesetz erhöht nach seiner endgültigen Fassung die maximale Gefängnisstrafe gegen Personen, die Unruhen verursachen und durch Presseartikel oder auf sonstige Weise zum Streik auffordern, von 6 Monaten auf 10 Jahre. Die höchste Geldstrafe kann nach Bestimmung des Gesetzes eine Million Fr. betragen. Der Vorsitzende der KPF, Maurice Thorez, sagte in einer Rede, daß die französische Regierung eine „Politik des Streikbrechers“ begonnen habe. Er begründete die Lohnforderung der Arbeiterschaft.

Gewerkschaftsführer

beim Staatspräsidenten

Paris. Der Präsident der Republik hat den Vorstand des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes empfangen, in der die Arbeitervertreter die Ausnahmevorsätze zur Sprache brachten und den Präsidenten um ein Eingreifen baten, damit eine Entspannung herbeigeführt werden könne.

Ministerpräsident Schuman erklärte dazu: „Präsident Auriol hat die Führer der CGT emp-

Landesnet Notizbuch

A—Amerika (Marshall), E—England (Bevin), F—Frankreich (Bidault), R—Rußland (Molotow).

VIII (3. Dez.) Fortsetzung der Besprechungen über das Verfahren zur Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages. Wichtigste Frage: Zusammensetzung der Friedenskonferenz, zur Beratung an Stellvertreter zurückgereicht. R schlägt vor, daß jede der vier Regierungen innerhalb zweier Monate einen Entwurf für den Friedensvertrag ausarbeite. F lehnt ab, da Vorschlag einer Vertagung gleichkommt. R fordert Abkommen von Potsdam und Yalta als Basis für den Friedensvertrag. A und E weigern sich, in eine Diskussion über diese Abmachungen einzutreten, da Yalta und Potsdam von ihnen und von den Sowjets verschieden ausgelegt werden. Entgegennahme des Berichtes der Stellvertreter über Oesterreich, in dem keine Einigung erzielt wurde.

IX (4. Dez.) Erörterung der österreichischen Frage. Diskussion über das Problem der deutsche Guthaben in Oesterreich. F schlägt vor, eine Abfindungssumme für sämtliche Guthaben mit Ausnahme der Erdölanlagen und der Donaudampfschiffahrt festzusetzen. R lehnt ab und bringt keinen Gegenvorschlag, da die Fragen der deutschen Guthaben im Prinzip in Potsdam bereits festgelegt worden seien. R beschuldigt A und E sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs eingemischt und die Unabhängigkeit dieses Landes gefährdet zu haben. Ein Vertrag zwischen Oesterreich und der Sowjetunion sei durch Druck auf die Regierung Renner verhindert worden. A und E dementieren diese Anschuldigungen. Erörterung der Frage Oesterreich vertritt. Nachdem R einen 10 prozentigen Abschlag zugesagt hatte, ohne weitere Zahlen zu nennen.

X (5. Dez.) Beratung über das beherrschende Problem der wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands (siehe 1. Seite).

XI (6. Dez.) Beratung über die Frage, welches Dokument Prüfungsgrundlage für die Wirtschaftsprinzipien des künftigen Deutschlands sein könne. E schlägt das in Moskau ausgearbeitete englische Dokument vor. A stimmt zu. F stimmt mit dem Vorbehalt späterer Abänderungsvorschläge zu. R schlägt dagegen vor, ein zum Abschluß der Moskauer Konferenz zusammengestelltes Schriftstück und einen Bericht der Stellvertreter als Diskussionsbasis anzunehmen. F, E und A lehnen ab. Trotz zweistündiger Debatte keine Einigung.

Wie wir nach Redaktionsschluß erfahren, hat Molotow der Konferenz ein Dokument über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands vorgelegt. Die Berichterstatter erklären damit den toten Punkt, auf dem die Konferenz angelangt war, als überwunden. Ausführlicher Bericht in der nächsten Nummer.

... und beim Arbeitsminister

Paris. Arbeitsminister Mayer führte mit Beauftragten des Gewerkschaftsbundes Verhandlungen, die wie alle Bemühungen der Regierung der Wiederherstellung des Arbeitsfriedens galten. Er erklärte, er beabsichtige, evtl. die Wirtschaftsorganisationen und vor allem den Wirtschaftsrat unter Vorsitz von Léon Jouhaux einzuschalten, um ein Gleichgewicht zwischen Löhne- und Preisen herzustellen. Jouhaux sagte, es bestehe Hoffnung, eine Verständigungsgrundlage zu finden.

Eine Kommunistenklause

Washington. Der stellv. Staatssekretär Lovett teilte der Kreditkommission des Senats mit, daß in dem Gesetzentwurf über die Übergangshilfe für Italien und Frankreich eine Bestimmung enthalten sei, derzufolge die Vereinigten Staaten ihre Hilfe zurückziehen können, wenn eines der Länder in die Gewalt der Kommunisten geräte. Die italienische Linkspresse bezeichnete die Haltung der Regierung angesichts der Erklärungen Lovetts, wonach die Vereinigten Staaten im Falle einer erneuten Machtergreifung der Kommunisten Italien ihre Hilfe verweigern, als unterwürfig.

Gemeindewahlen in Württemberg-Baden

Stuttgart. Infolge des komplizierten Wahlverfahrens ist die Stimmentauschung zu den Gemeindewahlen vom vergangenen Sonntag in Württemberg-Baden (amerikanische Zone) noch nicht beendet. Mit dem endgültigen Resultat kann erst Mitte der Woche gerechnet werden. Nach den bisherigen Ergebnissen ist ein leichter Stimmenzuwachs der SPD und DVP sowie ein Stimmenrückgang der CDU zu verzeichnen. In 175 von insgesamt 185 Wahlbezirken in Stuttgart, deren Resultat bei Redaktionsschluß vorlag erhielten:

SPD ca 50 000 Stimmen
DVP ca 40 000 Stimmen
CDU ca 31 000 Stimmen
KPD ca 16 000 Stimmen

Die Gesamtbeteiligung betrug etwa 65 Prozent der Wahlberechtigten.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden Organ der KP
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg.

Redaktionskollektiv
Dr. Karl Bittel (Chefredakteur), Karl Ehmann, Hanns Adam Faerber (Chef vom Dienst), Dr. Adolf Hirt, Dr. Walter Kunze, Gustav Venedey - Verlagsleiter Hermann Jentertrop

Verlag: Südwest-Verlag GmbH, (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 361. Fernruf 2207. Erscheint mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatl. 1,50 Mk. einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld.

Deutschland und die sozialistische Sowjetunion

Ein ernstes Kapitel Geschichte in geschichtlich entscheidender Stunde

Im Verhältnis Deutschland zu Rußland ist ein so weitblickender Staatsmann wie Walther Rathenau schließlich zu der Erkenntnis gekommen, daß die enge wirtschaftliche und politische Verbindung zwischen den beiden sich in so vieler Beziehung ergänzenden Länder geradezu eine unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands sei. Aber die wirtschaftliche und politische Reaktion Deutschlands stellte unentwegt ihre engen Klasseninteressen über die wohlverstandenen nationalen Belange Deutschlands. Der Geist des im Frühjahr 1922 von Rathenau abgeschlossenen Rapallovertrages, der Deutschlands Nachkriegs-Isolierung durchbrach, wurde oft von den Regierungen des Reiches, Preußens und der übrigen Länder verletzt. Die Verschwörungen russischer Weißgardisten auf dem deutschen Boden duldeten, die zudem diese Elemente vielfach in wichtigen Staatsdiensten benutzten. Man handelte dem Sinn und Wortlaut dieses Freundschaftsvertrages zuwider, wenn verantwortliche Minister und Politiker der Regierungsparteien sich in antisowjetische Komplotte einließen. Von der unehrlichen Streßmannschen Politik des „Finassierens“, die darin bestand, sich das gutnachbarliche Verhältnis zur Sowjetunion zu einem möglichst hohen Preis von den Westmächten abkaufen zu lassen, führte nur ein Schritt zur schließlich offenen feindschaftlichen Haltung gegen das große Reich im Osten.

Daß diese Politik allem anderen, nur nicht deutschen Volksinteressen diene, liegt auf der Hand. Schließlich läßt sich ja nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Sowjetunion vor zwanzig Jahren mehr als ein Viertel, später bis zu 30 Prozent ihrer Gesamteinfuhr aus deutschen Importen deckte. Als die Weltwirtschaftskrise der deutschen Ausfuhr einen kapitalistischen Absatzmarkt nach dem andern verschloß, retteten die sowjetischen Aufträge ganze deutsche Industriezweige vor dem Erliegen. 1931, auf dem Tiefpunkt der wirtschaftlichen Depression, gingen 25 Prozent der deutschen Produktion an Maschinen, Werkzeugen und Drahtindustrie und 50 Prozent aller in Deutschland produzierten Werkzeugmaschinen und Metalle in die Sowjetunion.

Statt diese für unser Land höchst vorteilhaften Beziehungen inniger zu gestalten, gefiel man sich in einer permanenten antisowjetischen Kampagne, an der von den rechten Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten alle Parteien partizipierten. Die Trommelwirbel, die auf den Nürnberger Parteitagen geschlagen wurden, um die Atmosphäre für den späteren kriegerischen Überfall zu bereiten, setzten ein Thema fort, das seit 1917 dem deutschen Publikum vorgespielt worden war. Bis sich 1941 ein Abgrund zwischen den beiden Ländern öffnete, gefüllt mit Ozeanen vergossenen unschuldigen Blutes von Millionen Sowjetbürgern.

Uns Deutschen wird heute von eben derselben Seite, die entweder aktiv an den Verbrechen gegen die Sowjetunion teilnahm oder zum mindesten sie passiv duldet, der Vorschlag zum Zusammenschluß der Mächte „abendländischer Kultur und westlicher Zivilisation“ gegen die „totale Diktatur des Ostens“ gemacht. Wobei die Propagandisten des Bruches zwischen West und Ost die Quintessenz der abendländischen Zivilisation in der Rettung der Monopole und der Erhöhung ihrer Profite sehen.

Die Apologeten dieses Kurses belieben zu übersehen, daß die Theorien, nach denen der Sowjetstaat geschaffen wurde, das feinste Produkt abendländischen Wissens sind, und daß es gerade der Exportartikel gewesen ist, auf den wir Deutschen am stolzesten sein können, nämlich der wissenschaftliche Sozialismus von

Marx und Engels, nach dem die sowjetische Ordnung gebildet wurde.

Es gibt eine Internationale des Krieges, deren Anhänger in den drawing rooms der New Yorker Park Avenue und der Londoner Mayfair wie in den Salons des Faubourg St. Germain zu Hause sind. Und es gibt eine Internationale des Friedens, deren sicherste Stütze die Sowjetunion ist; und das nicht nur, weil sie viele Jahre braucht, um die tiefen Kriegswunden auszuheilen, sondern vor allem, weil dort mit dem Kapitalismus für ewig die ihm innewohnenden Ursachen des Krieges beseitigt wurden, die imperialistische Sucht nach profitbringenden Absatz- und Rohstoff- und Kapitalanlagemärkten. Dieser dem Monopolkapitalismus eigentümliche und unstillbare Drang nach Bereicherung durch Expansion hat im letzten halben Jahrhundert eine ununterbrochene Kette von Kriegen entfesselt; sie wird erst dann zerreißen, der ewige Frieden wird erst dann Wirklichkeit werden, wenn die Erde im Zeichen des Sozialismus steht, der an die Stelle des Konkurrenzkampfes, an die Stelle der Regeln des Urwaldes die brüderliche Eintracht der Menschen und der Völker setzen wird.

Seit einigen Jahrzehnten treten Politiker und Wirtschaftler auf, die das Gesetz der Gestirne ändern und die Sonne im Westen aufgehen lassen möchten. Es geht ihnen in jedem Falle wie jenem griechischen Gott, der die Sonnenrosse so durcheinander brachte, daß sie die Erde in Brand steckten. Dahin haben es ja die Götter der Dollarsonne inzwischen auch schon in einigen Teilen des Erdballs gebracht.

Nun gehören wir gewiß nicht zu denen, die das „ex oriente lux“ zum Gesetz der Politik erheben. Auch wir haben durch bittere Erfahrung gelernt, Politiker des Friedens von denen des Krieges zu unterscheiden. Wir erinnern uns an Lenins glühenden Appell „An Alle, Alle!“ vor dreißig Jahren, der den sich zerfleischenden Völkern, die Botschaft des Friedens brachte und den Ausweg aus dem Kriege wies, und wir wissen, daß sämtliche imperialistischen Regierungen die dargebotene Friedenshand in der Luft hängen ließen. Wir erinnern uns, wie der Vertreter der Sowjetmacht im Völkerbund von 1933 an unentwegt höchst konkrete kollektive Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens vorschlug, um den faschistischen Irrenhäusern die Zwangsjacke anzulegen. Aber wir wissen auch, daß die ausschlaggebenden Interessengruppen in Paris und London bis in den August 1939 hinein alle diese Anträge ablehnten und sabotierten, ja, sogar Aufrüstung und Annexionen des „Dritten Reiches“ begünstigten, weil sie mit der Idee kokettierten, das räudige Nazigesindel auf die Sowjetunion loszulassen. Und es sind eben diese Interessengruppen, deren Flugzeuge heute die chinesischen Volksarmeen bombardieren, während angelsächsische Generale weit über Meere und Ozeane reisen, um die Operationen gegen das griechische Volk zu leiten, die türkische Armee zu „organisieren“ und in Teheran jene Ordnung zu schaffen, die Wall Street liebt.

Die Politik des cordon sanitaire um den jungen Sowjetstaat herum, die zwischen den zwei Weltkriegen praktiziert wurde und schließlich zu Grabe getragen werden mußte, feiert ihre Auferstehung. Diesmal unter Umständen, die für die Aggressoren weit ungünstiger liegen als vor einem Menschenalter. Viel Blut hat sie in der Vergangenheit gekostet. Soll es wieder so kommen, weil Generale, Säbelrasselei und Diplomatie verwechselt?

Wer Frieden und Fortschritt will, muß das Gedeihen der Sowjetunion wünschen, muß es gerade als guter Deutscher wünschen. Diejenigen,

die diese Haltung zum Vorwand nehmen, um ihren Trägern den Vorwurf zu machen, „Agenten der Sowjetunion“ zu sein, spielen mit gezinkten Karten. Wenn der Amerikaner Thomas Paine sich in den französischen Nationalkonvent wählen ließ, so blieb er der gute und große Amerikaner, der er war. Des Mainzers Georg Forsters Eintritt in dieses Parlament der französischen Revolution machte aus ihnen keinen Landesverräter, obwohl die Reaktion ihn als solchen verschrie. Ganz im Gegenteil, er vertrat die wohlverstandenen Interessen einer deutschen Demokratie, die in der französischen Revolution den natürlichen Bundesgenossen sah, den Helfer im eigenen Kampf gegen die Tyrannei.

Was das Frankreich von 1789 für die Welt war, das ist die Sowjetunion heute. Ist es nicht selbstverständlich, daß jedes sozialistische, jedes fortschrittliche Herz für das Land schlägt, wo zum erstenmal der große Wurf gelungen ist? Würde es nicht genau so für Amerika schlagen, wäre dort der Sozialismus an der Macht statt vor den Schranken des Gerichts? Lassen wir uns nicht beirren durch jene Reaktionen, die 1917 den Russen Lenin als „Agenten der Deutschen“ beschimpften und 1947 die deutschen Sozialisten und Kommunisten als „Agenten der Russen“ diffamieren möchten. Das von Hitler und Goebbels zur Meisterei entwickelte nichtswürdige Spiel, mangels besserer Argumente die Revolutionäre der Abhängigkeit vom Ausland zu bezichtigen, ist so alt wie der Kampf gegen aristokratische und großbourgeoise Reaktion, und schon Heinrich Heine hat sich in berühmten Versen darüber lustig gemacht.

Der Deutsche dieser Jahre steht vor der schicksalsschweren Frage, ob er bleiben will, was er so oft in der Geschichte war, ein Landsknecht,

„der da ficht und rauf für jeden fremden Ritter, der ihn kauft“. In Hunderten von Schlachten und Gefechten schlugen sich die Deutschen für Frankreich, als es noch die gebietende Macht des Kontinents war. Sie holten Englands europäische Kastanien aus dem Feuer des Siebenjährigen Krieges und versuchten im bezahlten Dienst desselben Englands, die Armeen George Washingtons zu vernichten. Wo und wann immer Deutsche im Sold ausländischer Reaktionäre kämpften, trug Deutschland den Schaden davon.

Werden sie sich wieder mißbrauchen lassen? Werden sie wieder die Rolle der Landsknechte — diesmal des internationalen Finanzkapitals — übernehmen und damit endgültig Deutschland als Nation auslöschen? Oder werden wir Deutsche endlich dafür sorgen, daß unsere Nation und die Sowjetunion sich nie wieder in Waffen gegenüberstehen, sondern in Eintracht den Weg in die Zukunft gehen?

Das Gebot der Selbsterhaltung unseres Volkes und der Wiedergewinnung seiner staatlichen Einheit verlangt gebieterisch die Zurückweisung der infamen Rolle, die uns von maßgeblicher „westlicher“ Seite zugedacht ist, zum zweitenmal die Spitze des antisowjetischen Speeres zu werden. Möge jeder Deutsche in diesen Tagen die Lehre daraus ziehen, daß die großen Länder, die mit den antisowjetischen Plänen von Wall Street liebäugeln und sich zu Instrumenten der entsprechenden Außenpolitik machen, von Krise zu Krise taumeln, während die Staaten, die mit Moskau in freundschaftlichen Beziehungen stehen, wirtschaftlich und sozial der Gesundheit entgegengehen, obwohl gerade sie durch den zweiten Weltkrieg am verheerendsten getroffen wurden!

Wir brauchen nicht mehr um das Schicksal unseres darniederliegenden Landes und Volkes so sehr zu bangen, wenn es uns endlich gelingt, auf neue, konstruktive und schöpferische Weise unser Verhältnis zu dem Volke zu revidieren, das der Welt gezeigt hat, wie — bescheiden — nur den anti-reaktionären Weg — der Ausweg aus dem tiefsten Tal des Elends auf die besonnenen Höhen des Sozialismus möglich ist.

Präsident des Stuttgarter „Volksgerichts“ freigesprochen

Nürnberg. Im Prozeß gegen die 14 Nazijuristen und Staatssekretäre wurden verurteilt: Schlegelberger, Klemm, Rothaug und Oeschey zu lebenslänglichem Gefängnis, Laut, Mettgenberg, von Ammon, Joel zu 10 Jahren Gefängnis, Rothenberger erhielt 7 Jahre und Altstötter 5 Jahre Gefängnis. Die vier Angeklagten Barnickel, Petersen, Nebelung sowie Hermann Cuhorst (ehemaliger Präsident des Stuttgarter Volksgerichts) wurden freigesprochen. Die Verteidiger erklärten, daß gegen sämtliche Verurteilungen Berufung eingelegt werde.

Nürnberg. Den von den Spruchkammern Nürnberg und Stuttgart erlassenen Festhaltebefehlen gegen die im Nürnberger NS-Juristenprozeß freigesprochenen könne nicht entsprochen werden, gab die deutsche Ueberleitungsstelle in Nürnberg bekannt, weil die amerikanischen Behörden den vier Juristen freies Geleit nach der Haftentlassung zugesagt hätten.

Stuttgart. (Rdfk) Der freigesprochene Cuhorst wurde inzwischen in einem amerikanischen Auto nach seinem Heimatort in der französischen Zone gebracht.

Stuttgart. Sämtliche Mitglieder der Stuttgarter Spruchkammern haben die einstweilige Niederlegung ihrer Arbeit bis zum Widerruf der Freilassung beschlossen.

Rechtsschutz für von Demontage betroffene Arbeiter

Düsseldorf. Einen Gesetzentwurf über den Rechtsschutz der von der Demontage betroffenen Arbeiter bezüglich Kündi-

gung, Pension und Urlaub legte Arbeitsminister Kohl (KPD Württemberg-Baden) auf der Konferenz der Arbeitsminister der Bizone vor.

Es waren deutsche Flugzeuge

Halder bestätigt das Freiburger Verbrechen

Neustadt bei Marburg. Der ehemalige Chef des deutschen Generalstabes, Generaloberst Franz Halder, bestätigte hier am Mittwoch ausdrücklich, im Jahre 1941 von dem ehemaligen Leiter des deutschen Abwehrrates, Admiral Ganaris erfahren zu haben, daß die Bombardierung der Stadt Freiburg im Breisgau am 10. Mai 1940, der 57 Personen, darunter eine Anzahl Kinder zum Opfer fielen, von deutschen Flugzeugen durchgeführt wurde.

Eine weitere indirekte Bestätigung der Mitteilung von Ganaris erhielt Halder, wie er sagte, im Jahre 1943 in einem Brief eines ehemaligen Kriegskameraden. Dieser habe darin in seiner Eigenschaft als Sachverständiger eines Luftzeugamtes bereits festgestellt, daß die in Freiburg aufgefundenen Bombensplitter deutscher Herkunft waren. Wiederholte Meldungen, die dieser Kriegskamerad seiner vorgesetzten Dienststelle erstattet habe, seien trotz häufiger Anmahnungen unbeantwortet geblieben.

Halder befindet sich zur Zeit in dem Internierungslager Neustadt bei Marburg, in dem über 200 Generale und Generalstabsoffiziere damit beschäftigt sind, für das amerikanische Kriegsministerium die Geschichte dieses Krieges, von der deutschen Seite aus gesehen zu schreiben.

Panteleimon Romanow.

Die Kulaken

Die Dächer der Dorfhütten waren halb eingefallen, und seitlich vom Dorf, auf einer Anhöhe, sah man eine stillgelegte Ziegelei. Die Bauern saßen faul auf dem Holz und unterhielten sich. Sie sahen aus, als ob sie vor Langeweile umkämen.

Ein Tischler, der erst kürzlich zu Besuch aus Moskau gekommen war, trat zu ihnen und fragte: „Sagt mal, warum lebt ihr eigentlich so?“

„Wie... so?“
„Wieso, wieso? Ihr fragt noch? Direkt als ob die Pest bei euch gehaust hätte, so sieht es hier aus! Die Dächer sind eingefallen. Vieh habt ihr kaum noch; und was ihr habt, ist halb verhungert. Und selber hockt ihr da, legt die Hände in den Schoß und laßt die Sonne auf euren Lumpen die Flöhe ausbrüten. Wirklich feinst schaut ihr aus!“

Die Bauern blickten auf ihre alten, zerrissenen Röcke, und einen von ihnen sagte: „Aus Not, Brüderchen, kleidet man sich so!“

„Ja was, und arbeiten könnt ihr nicht; wie?“ sagte der Tischler. „Flickt doch wenigstens eure Dächer!“

Keiner antwortete darauf, nicht einmal auf die Dächer blickten sie.

Aus der nächsten Hütte trat barfuß ein langer, magerer Bauer, kratzte sich unschlüssig den Kopf, schaute ängstlich um sich und ging dann den Weg hinauf, zur Ziegelei.

„He, Väterchen Nikofor, mach dich nicht zu nahe an die Ziegelei! Man sagt, es wären wieder welche aus der Kreisstadt da... werden dich noch sehen und aufschreiben.“

„Was ist denn nun eigentlich los?“ fragte der Tischler. „Da kann man ja kein Wort verstehen!“

„Ja, um zu verstehen, da muß man erst die ganze Lehre durchmachen! Wir haben sie durchgemacht und verstehen jetzt! Und was, Brüderchen, ist nun unser verfluchtes Schicksal? Früher, da saßen wir, die Hände im Schoß, und taten nichts, weil runderum alles nicht unser war. Jetzt ist runderum alles unser, aber arbeiten kann man wieder nicht!“

„Ja, warum denn nicht?“
„Na, du bist wohl vom Himmel heruntergefallen! Hast noch nichts von Kulaken gehört? Kommen da die Genossen Deputierten

hergefahren: „Wer ist bei euch Kulak? Wir sagen: „Kulaken haben wir keine, haben sie alle schon ausgerottet!“ — „Und wer ist bei euch der Reichste?“ — „Haben wir auch nicht!“ — „Und wer lebt besser als die anderen?“ — „Der und der da...“ — „Was sagt ihr denn, ihr habt keine Kulaken?“

„Dann“, sagte Nikofor, und sein hageres Gesicht zuckte, „dachten wir, mit Verstand Ziegel zum Verkauf zu brennen; aber sie kommen hergefahren und — schnapp! — Ihr wollt wohl“, sagen sie, „Kulaken werden!“

„Auch eine Bienenzucht hatten wir uns angelegt.“



„Ziehst du neue Bastschuhe an, glotzen sie gleich mit Telleraugen“ auf dich und sind schnell bedacht, dich in die Kulaken einzuschreiben!“

Zu den Sprechenden trat plötzlich eiligst ein Bauerlein mit aufgeregten Luchsaugen. Er blickte scheu auf den Tischler, erkannte ihn und fragte hastig die Bauern: „Wer ist heute Kulak? Wer ist an der Reihe? Aus der Kreisstadt sind wieder zweie da!“

„He, Sawuschka“, sagte Nikofor, sich an einen Bauern wendend, der zerlumpt und barfuß auf dem Holze saß. Sein linkes Hosenteil war unterhalb des Knies ganz abgerissen. „He, Sawuschka, du bist an der Reihe!“

„Was für eine Reihe, zum Teufel, wenn ich kaum noch eine Hose habe! Ihr errennet mich zum Kulaken? Weder einen Samowar noch sonst was habe ich im Haus! Was ist denn das für ein Kulak?“

Das luchsäugige Bauerlein blickte den neuen Kulaken an und sagte: „Nein, der geht nicht! Teufel noch mal, was ist denn das für ein Kulak! Dem sind ja die Hosenteile abgebrannt!“

„Ja, ja... aber die Reihenfolge muß sein!“ antwortete Nikofor. „Den Samowar leihst du bei den Pusyrjows, und die Hosenteile deckst du mit dem Schafpelz, dann sieht man es nicht!“

„Mit dem Schafpelz? Der ist bei mir so, daß man damit für den Teufel Erbsen säen kann.“

„Na, wird noch gehen, diesmal!“

„Wenn die aus der Kreisstadt kommen, mußt du wissen“, wandte sich einer der Bauern an den Tischler, „fragen sie als erstes nach dem Kulaken um bei ihm abzustiegen! Und dann muß er natürlich mit dem Samowar und Eiern herhalten und ein Mittagessen auf-tischen, und mit Pferden spazieren fahren... Jede Woche zwei- bis dreimal kommen sie so mit ihren Papierchen angesprochen. Darum haben wir jetzt eine Kulakenreihenfolge festgesetzt! Damit es sozusagen christlich hergeht!“

Aus dem Sowjethaus trat plötzlich ein Bauer und rief: „Heda, wohin soll man sie heute bringen? Sie kommen gleich heraus. Haltet das Haus zum Empfang bereit!“

„Nun, Sawuschka, lauf, lauf! Holst zuerst den Samowar; und Eier und Milch nimmst dann bei meiner Alten. Und die Knie verdeck dir, du Teufel!“

„Ihr hättet ihm wenigstens heile Hosen geben sollen“, meinte der Tischler.

„Macht nichts! So wird man ihn eher aus den Kulaken streichen.“

Sawuschka lief eiligst nach dem Samowar und den Eiern. Dann ging er ins Sowjethaus. Den Deputierten wurde mitgeteilt, daß der Kulak draußen auf der Treppe warte. Mit Lederjoppen und Aktenmappen unter dem Arm traten sie heraus. Als sie Sawuschka erblickten, meinte der eine: „Wir sind, scheint es mir, schon auf den ärmsten Hund gekommen! Werden uns einen anderen Kreis vornehmen müssen!“

Zeichnungen: Kunze

Vorstehende Erzählung ist einem in der Goebbels-Aera bei Rowohlth erschienenem Auswahlband sowjetischer Satiriker entnommen. Die Nazis glaubten, damit dem nach Abschluß des Nichtangriffspaktes besonders lebhaften Interesse an der neuen russischen Literatur entsprechen und gleichzeitig authentisch dastun zu können, welche arge Verhältnisse doch im Sowjetstaat herrschten. In Wahrheit spricht nachfolgende Dichtung für Sicherheit und Stärke des Sowjetsystems und die Freiheit seiner schaffenden Menschen. Wenn hier ein Satiriker mit dem Recht auf Uebersetzung und Verzerrung Kritik übt, die eindeutig dem Gesamtwohl dient, so entspricht dies durchaus der Eigenart eines gesunden Gemeinwesens, dem Kritik belebendes Element bedeutet.

Was gilt es auf Karten?

Freiburg. Für die 2. Dekade Dezember sind aufgerufen:

Brot: Kinder von 0-3 Jahren auf Abschnitt 3 500 g, auf Abschnitt 6 250 g, von 3-6 Jahren auf Abschnitt 3 1000 g, auf Abschnitt 6 250 g; Jugendliche von 6-10 Jahren, von 10-18 Jahren und Erwachsene auf Abschnitt 3 und 6 je 1000 g, Schwerarbeiter Gruppe A auf Abschnitt 5 500 g, Gruppe II auf Abschnitt 263 750 g, Gruppe III auf Abschnitt 363 1000 g und auf Abschnitt 364 250 g, Gruppe IV auf Abschnitt 463 1000 g und auf Abschnitt 464 500 g.

Fleisch: Kinder von 0-3 Jahren auf Abschnitt 13 50 g, von 3-6 Jahren auf Abschnitt 14 und 15 je 50 g; Jugendliche von 6-10 Jahren auf Abschnitt 14, 15 und 16 je 50 g, von 10 bis 18 Jahren auf Abschnitt 17, 18 und 19 je 50 g; Erwachsene auf Abschnitt 16, 17, 18 und 19 je 50 g; Schwerarbeiter Gruppe I auf Abschnitt 167 50 g, Gruppe II auf Abschnitt 267 und 268 je 100 g, Gruppe III auf Abschnitt 367 50 g und auf Abschnitt 368 und 369 je 100 g, Gruppe IV auf Abschnitt 467, 468 und 469 je 200 g und auf Abschnitt 470 250 g; Mütterkarten auf Abschnitt 906 50 Gramm.

Für November werden auf den Sonderabschnitt 5 (von 6 Jahren an) 20 g Eiersatzpulver aufgerufen. Ausgabe erfolgt in den lt. Aushang bekanntgegebenen Geschäften. Schwerarbeiter der Gruppe I erhalten 20 g, die Gruppen II, III und IV 40 Gramm.

Holzarbeiter für Mitbestimmung

Freiburg. Im Gewerkschaftshaus fand die Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Holzarbeiter statt. Koll. Lipp wies in Ausführungen über das Betriebsrätegesetz darauf hin, daß der Kampf um das Mitbestimmungsrecht mit aller Energie geführt werden müsse. Er kündigte eine Großkundgebung der Gewerkschaften in 14 Tagen an, die nur zur Frage des Mitbestimmungsrechtes Stellung nehmen werde. Die Unternehmer versuchen nun neuerdings, sogenannte Rahmenbetriebsvereinbarungen anzubahnen, die jedoch nicht das volle Mitbestimmungsrecht vorsehen würden, sondern z. B. eine Mitbestimmung in der Preiskalkulation und Kapitalinvestitionsfragen ablehnen. Koll. Lipp erklärte, daß man endlich aktiv werden müsse.

Die Diskussion, die auch durch verschiedene jugendliche Kollegen fruchtbar gestaltet wurde, brachte u. a. die Lehrlingsfrage sowie die Frage der Schufung zur Debatte. Die unzulängliche Lehrlingsausbildung wurde ebenso kritisiert wie die unhaltbaren Verhältnisse bei der Freiburger Gewerbeschule.

Alle Zeitungsträger und Trägerinnen, sowie Straßenverkäufer unserer Zeitung treffen sich am Donnerstag, 11. Dezember, um 16 Uhr, zu einer Betriebsbesprechung in der Geschäftsstelle, Schwabentorstr. 1. Um vollzähliges Erscheinen bittet die Geschäftsstelle.

Chirurgische Universitätsklinik wiederhergestellt

Vorbildliche Leistungen der Handwerker, Arbeiter und Reinemachefrauen

Freiburg. Die neue Chirurgische Universitätsklinik in Freiburg, Hugstetterstraße 55, ist nun soweit wiederhergestellt, daß sie in den nächsten Tagen bezogen werden kann. Damit ist der erste Bauabschnitt im Wiederaufbau der Universitätsklinik beendet. Welche Schwierigkeiten während der bisherigen Wiederaufbauzeit überwunden werden mußten, können nur Eingeweihte richtig ermessen. Immer und immer wieder fehlte es am nötigen Bau- und Installationsmaterial, ebenso mangelten Arbeitskräfte, insbesondere Facharbeiter. Zu all diesen Schwierigkeiten erzwingt der kalte Winter des vergangenen Jahres noch eine längere Pause. So wurde die Fertigstellung der Instandsetzungsarbeiten immer wieder neu verzögert.

Nunmehr ist es aber soweit, dank außerordentlicher Leistungen aller beteiligten Stellen, nicht zuletzt auch der Freiburger Handwerker, die besonders in den letzten Wochen Vorbildliches geleistet haben. Aber auch einige auswärtige Firmen haben in der Wiederherstellung der Versorgungsleitungen an Kaltwasser, Warm-

wasser, Dampf, Gas und Strom Hervorragendes geleistet. Ihnen allen und der umsichtigen Bauleitung und Bauführung mit den Hunderten von Arbeitern aller Fachrichtungen Dank und Anerkennung auch öffentlich auszusprechen, ist gewiß angebracht.

Eine besondere Leistung führten aber die vielen Reinigungsfrauen aus. Sie hatten eine schwere Arbeit. Es ist schon schwer, einen Neubauputz zu machen, ungleich schwerer aber, einen Bau von dem Ausmaß der neuen Chirurgischen Klinik auszuräumen, der durch die Zerstörungen und die jahrelangen Witterungseinflüsse zum Teil unbeschreiblich verschmutzt war. Ihnen, die mit Besen, Putzlappen und Scheuerbürste das große Werk vollenden halfen, gebührt daher ebenfalls Dank.

Der genaue Zeitpunkt der Betriebseröffnung in der neuen Chirurgischen Klinik wird noch bekannt gegeben werden. Es wird aber Vorsorge getroffen, daß der klinische Betrieb der Chirurgischen Universitätsklinik keine Stunde unterbrochen wird.

Papierverschwenderische Ernährungsbürokratie

Singen. Wir geben unseren Lesern Kenntnis von nachstehendem, an das Wirtschafts- und Ernährungsamt Freiburg i. Br. gerichteten Schreiben: Der Bürokratismus feiert heute im negativen Sinne vielfach Triumphe. Den Gipfel dürfte er jedoch in der Handhabung der Ausgabe der Lebensmittelkarten erreicht haben. Als Angestellter eines großen Industriebetriebes habe ich mit diesen Dingen in der Praxis sehr viel zu tun, und die Entwicklung in den letzten Jahren hat den Beweis erbracht, daß es bürokratischer wohl nicht mehr geht, weshalb ich als Privatmann und Gewerkschaftsführer gleichzeitig mir eine scharfe Kritik nicht verwehren kann.

Neuerdings führt man im Lande Baden eine weitere Zusatzkarte A ein, die allein Empfängern von Schwerarbeiterzulagekarten zusteht. Abgesehen davon, daß es dem Normalverbraucher an und für sich unverständlich ist, daß man dem sonstigen bevorzugten Personenkreis nochmals eine Zuwendung an Lebensmitteln zukommen läßt, bleibt die Frage noch offen, wozu dafür eine besondere Karte notwendig ist.

Die Hausfrau hat heutigentags eine ganze Mappe voll Papierfetzen stets mit sich herumzutragen, da erfahrungsgemäß noch auf Lebensmittelkarten weit zurückliegender Monate plötzlich irgend eine Kleinigkeit aufgerufen wird.

An jeder neu herauskommenden Lebensmittelliste sind derart viele Nummern, daß diese mit E. ausreichen würden, um jeden zusätzlichen Aufruf zu gewährleisten.

Neben dem Studium beinahe eines Kataloges, auf welche Karte dieses oder jenes aufgerufen wird, ferner auf welche Nummer usw. erbringt ein derartiges Maß von Erbitterung, das sich seitens der Bevölkerung jedoch nur bis jetzt im bloßen Schimpfen Luft gemacht hat, ohne daß bisher von irgend einer Stelle öffentlich dagegen Sturm gelaufen worden ist. Nicht nur der Verbraucher sondern der Einzelhändler wie der Großverteiler und schließlich die Wirtschaftsämter haben eine gewaltige zusätzliche Belastung bei der Vorbestellung, Abrechnung etc. der jeweiligen Kartenabschnitte. Es ist bedauerlich, daß auf der einen Seite kein Papier für Lehrbücher oder sonstige gute Literatur zur Verfügung steht, auf der anderen Seite damit jedoch ein sinnloser Verschleiß getrieben wird.

Ich erlaube mir die bescheidene Anregung zu geben, das Kartensystem, das nun schon einmal sein muß, zumindest auf ein Mindestmaß in seiner Zahl zu reduzieren und dann diese Karten lediglich mit Zahlen beispielsweise von 1-50 zu versehen, die vollkommen ausreichen würden, um die jeweiligen zu erwartenden Zuteilungen anzufordern.

Günter Simon

Vom Militärgericht bestraft

Freiburg. Das Mittlere Militärgericht fällt folgende Urteile:

Gegen einen Ingenieur von Tiefenhäusern wegen unerlaubten Waffenbesitzes 1 Jahr Gefängnis mit 6 Monaten Bewährung.

Gegen einen Zollbeamten, der im Elsaß geübte Gegenstände nicht zur Anmeldung brachte,

Mitteilung der KP Freiburg

An alle Kassierer und Unterkassierer des Stadt- und Landkreises Freiburg!

Werte Genossen, wir bitten Euch dringend, bis spätestens 20. Dezember Eure Kassierung abzuschließen, da es ab Januar neue Marken gibt und wir im Zusammenhang mit unserem Familienabend alle Mitgliedbücher einziehen werden.

3 Monaten Gefängnis und Einzug der geraubten Sachen.

Gegen H. R. aus Freiburg wegen Besitzes nationalsozialistischer Literatur und Hakenkreuzwimpel 100 Mark Geldstrafe.

Der Leiter der Milchzentrale von Waldkirch erhielt wegen beleidigender Äußerungen gegen die Besatzungsmacht 6 Monate Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe.

Zwei frühere Gendarmeriebeamte aus Ichenheim erhielten wegen Mißhandlung ökonomischer Arbeiter 1 Jahr bzw. 6 Monate Gefängnis.

Ein Briefmarder vor Gericht

Freiburg. Der 27jährige verheiratete Posthelfer F. Sch. aus U. stand vor dem Amtsrichter wegen Bereubung von 65 Auslandsbriefsendungen. Er entnahm diesen Sendungen im Zeitraum von vier Monaten laufend die beigelegten Zigaretten, um, wie er angab, seine Raucherleidenschaft zu befriedigen. Diese war zwar nicht so echt, denn seine eigenen Rationen vertauschte er gegen Artikel, um seinen Haushalt auszustatten. Ferner entwendete er beim Postamt eine Lampe mit Glühbirne. Für diese Straftaten erhielt er sieben Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte zehn Monate Gefängnis beantragt.

Freiburg. Das badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung weist darauf hin, daß die zur Einkellerung ausgegebenen Kartoffelmengen bis zum 31. Juli 1948 ausreichen müssen und nach Ausgabe der Einkellerungsraten mit weiteren Zuteilungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu rechnen ist. Die Verbraucher müssen deshalb mit diesen Kartoffeln sparsam wirtschaften.

Freiburger Genossen

Denkt daran: am 20. Dezember, 20 Uhr, findet im Kaufhaussaal unser Familienabend statt.

Für die Tombola werden im Parteisekretariat noch Spenden entgegengenommen. Letzter Termin hierzu: Samstag, 13. Dezember.

KP Freiburg

Öffentliche Aufforderung zur Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer

Auf Grund der Bestimmungen des Kraftfahrzeugsteuergesetzes und der Kontrollratsgesetze Nr. 14 und 51 endet am 31. Dezember 1947 die Gültigkeitsdauer der Steuerkarten aller steuerpflichtigen Kraftfahrzeuge und Anhänger. Nach § 37 der Durchführungsbestimmungen zum Kraftfahrzeugsteuergesetz haben daher alle Fahrzeughalter, deren Kraftfahrzeuge und Anhänger zum Verkehr zugelassen sind, bis zum 31. Dezember 1947 beim zuständigen Finanzamt die Erteilung einer neuen Steuerkarte für das Kalenderjahr 1948 zu beantragen und den Steuerbetrag zu entrichten. Die Steuerpflicht für das Jahr 1948 fällt nur für solche Fahrzeuge fort, die vor dem 1. Januar 1948 durch die zuständige Zulassungsbehörde (Polizeidirektion, Landratsamt) abgemeldet und deren Kennzeichen abgeliefert werden oder bei denen der Dienstempel auf dem Kennzeichen amtlich entfernt wird. Wenn weder die Steuerkarte erneuert noch das Fahrzeug rechtzeitig abgemeldet wird, wird das Finanzamt bei der Zulassungsbehörde die Zwangsabmeldung beantragen und daneben die fällig gewordene Steuer festsetzen. Im Hinblick auf die große Zahl der Steuerpflichtigen bitten wir, um Schwierigkeiten bei der Abfertigung zu vermeiden, die neuen Steuerkarten möglichst noch vor den Weihnachtstagen einzulösen.

Freiburg i. Br., den 15. November 1947.

Badisches Ministerium der Finanzen. I. V. gez. Dr. Bund.

Preisausschreiben der Stadt Emmendingen

I. Die Stadt Emmendingen schreibt zwecks Erlangung von Entwürfen zu Gedenktafeln für die Gefallenen des Krieges 1939/45 einen Wettbewerb aus.

II. Gegenstand des Wettbewerbs ist die Anfertigung von Entwürfen für: 1. Gedenktafel (vier bis fünf) mit den Namen der Gefallenen aus Emmendingen; 2. Aufstellung (Platzgestaltung) dieser Gedenktafel unter Einbeziehung des Kriegedenkmals 1914/18 in den städtischen Anlagen hinter der katholischen Kirche zu einem einheitlichen Ganzen.

III. Der beste Entwurf wird von der Stadt Emmendingen mit einem Preis von 1000.- RM. ausgezeichnet. Mit der Preiszuteilung geht der Entwurf in das Eigentum der Stadt über.

IV. Die Entwürfe müssen bis spätestens 2. Januar 1948, 18.00 Uhr, beim Bürgermeisteramt Emmendingen abgegeben oder bis zum gleichen Zeitpunkt einer Postanstalt übergeben sein.

V. Die Entwürfe sind mit einem Kennwort zu versehen; ferner ist ein Briefumschlag, den Namen des Verfassers enthaltend, beizulegen.

Emmendingen, den 1. 12. 1947. Das Bürgermeisteramt.

Amerika über die Schweiz Liebesgaben-Paket-Dienst.

Nach Typen - Verzeichnis und eigener Wahl Freigabe der Sperrkonten in der Schweiz geborene Schweizer sfr 200.- viertel., Deutsche sfr 150.- Bitte teilen Sie uns die Adresse Ihrer Verwandten und Freunde im Ausland mit, wir machen für Sie Offerten und lassen Ihnen die Zuwendungen schnellstens übermitteln.

Beachten Sie unseren Schnelldienst! Nach Zahlungseingang in Amerika oder in der Schweiz können Sie schon in einigen Tagen im Besitze der Liebesgaben-Typen-Pakete sein. (Für Bewohner in der Grenzzone direkte Abholung.) (20-296)

Einzahlung nur in der Schweiz oder in Amerika möglich! Viele Abgabestellen in Deutschland der beliebten Perilium Qualitäts-Liebesgaben-Typen-Pakete. - Haben Sie in der Schweiz ein Sperrkonto? Teilen Sie uns Ihren Wunsch mit, wir bearbeiten Ihre Angelegenheit von der Anfrage an bis zur Aushändigung der Liebesgaben. Schreiben Sie noch heute an:

Deutsch-Schweizerischer Vermittlungsdienst (17 b) Lörrach/Baden, Postfach.

Legen Sie der Anfrage einen Unkostenbeitrag von 2 Mark je Adresse bei, für Porto, Rückfragen usw. Kein Adressen-Suchdienst, nur genaue Adressen einsenden!

Such-Anzeigen Wohnungstausch

Wer kann Auskunft geben über meinen Gatten Uffz. Jul. Knoll Feldp.-Nr. 28 021 A, offene Anschrift: Stab II Gren.-Regt. 1043-237 J. D. Letzte Nachricht vom 15. 8. 1943 a. Finne/Jugoslawien. Nachricht erbeten an Frau Anneliese Knoll, Freiburg i. Br., Hansjakobstr. 13. (29-772)

Achtung Kopftausch! Gesucht wird in der fr. Zone, möglichst Kreis Lahr, 3-köpfige Familie zum Austausch gegen ebensoviele aus engl. Zone, Kr. Wuppertal, Ang. unt. Nr. 23-318 an U. T. Lahr, Markt 3. (29-772)

Offene Stellen

Bürohilfskraft (auch Lehrling) für allem. Büroarbeiten f. sof. gesucht. Bew. an Rechtsanwält Dr. Drischel, Freiburg i. Br., Erbrinzenstraße 8. (20-783)

Hausgehilfin auf schönen Hof bei Wangen/Allgäu sofort gesucht. Familiensanft mit bester Verpflegung und guter Bezahlung zugesichert. Zuzshr. erb. unter Nr. 31-122 an U. T. Rastatt, Kaiserstraße 1.

Vergolder und Maler sowie tüchtige Möbelschreiner find. Dauerbeschäftigung bei Karl Axmann, Stilmöbel, Freiburg (17b), Holbeinstr. 23. (32-1359)

Kauf-Verkauf

Biete schweren Herrenwintermantel, Gr. 50, und Damenkleider gegen Radio. Ang. u. Nr. 18-142 an U. T. Emmendingen, Lammstraße 16.

Biete: 1 Wollekleid, neu, Gr. 42, Stufenwagen, 2 P. Madras-Vorhänge, 1 P. Pumps, Gr. 40, 1 P. Damenhalschuh, Gr. 39, schm. Form, 1 Wringmasch., 1 Waschmaschine, 1 Waschwanne, 1 Autobatterie, 6 Volt. Suche: Herren-Schnurstiefel, Gr. 44, 1 P. Damenschuhe m. fl. Absatz, Fahrradbereifung, norm., Wulst 28/1 1/2, 1 Bereifung Halb-Ballon, Wulst 26x1 1/2, 1 Bereifung normal, Draht, 26x1 1/2, 1 Bereifung Halb-Ballon, Draht, 26x200, 1 Heizkissen oder elektr. Kocher, 220 Volt. Zuzshr. unter Nr. 20-782 an U. T. Freiburg, Schwabentorstraße 1.

Biete schwarze Hose mit Weste (schl. Figur), feinst. Stoff, suche Socken u. Hemden oder Socken und geschl. Herren-Pullover. Zuzshr. unt. Nr. 20-784 an U. T. Freiburg i. Br., Schwabentorstraße 1.

Eleg. Pelzmantel geg. Leica, Rolleifex, Ariflex od. Gleichwert, zu tauschen gesucht. Zuzschrift. unt. 26-281 U. T., Konstanz, Rosgartenstraße 9.

Biete Leica (summar 5 fm); suche Radio, All- oder Wechselstrom, nur bestes Gerät. Zuzshr. unter Nr. 32-1347 an U. T. Offenburg, Postfach 361.

Günstiges Tauschangebot. Gebote: Neue Möbel jedweder Art. Geschicht: Neue oder gleichw. Schreibmaschine. Erlangebote u. Nr. 20-763 an die Gesch.-Stelle U. T. Freiburg i. Br., Schwabentorstraße 1.

Kaufgesuche

Nutria- und Edelfelle zu Höchstpreisen zu kaufen gesucht. Off. unt. 26-280 U. T., Konstanz, Rosgartenstraße 9.

Wir sind laufend Käufer von Bleiabfällen. Angebote erbeten unter Nr. 32-500 U. T., Offenburg, Postfach 361.

Leica, Contax, Kino-Exakta mit oder ohne Optik, auch Objektive allein, zu kaufen gesucht. Ang. unter Nr. 1738 an Ans.-Verm. LUZ, Reutlingen, Stadtbötenstraße 1. (29-772)

Geschäftliches

HOLDERIED Staatliche Lotterie-Einnahme jetzt: Freiburg i. Br., Oberlinden 1 (Schirmhaus Wagner). Postcheckkonten: Freiburg i. Br., 4600, Karlsruhe 2160.

Unsere Bürokasse befinden sich ab sofort Jakobstraße Nr. 1, Telefon Nr. 2918, Enzian-Fabrik, kate Otto Schleicher, Pharmazeutische Fabriken, Freiburg i. Br., Tallingen 1, Wittg. (A14-257)

Der Weihnachtsbaum im eigenen Heim... Viele tausende Bausparfamilien verdanken es dem Gemeinschaftssparen, wenn sie das Weihnachtsfest im eigenen Haus feiern dürfen. Legen Sie Ihre Familie den ersten Baustein, den Wüstenrot Bausparbrief auf den Gabentisch, den Freund und Weiser in eine bessere Zukunft. Wir wollen Ihnen helfen! Größte und älteste deutsche Bausparkasse

Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg/Würt. - (A12-18) Verlangen Sie die kostenlose Druckschrift: „Der Weg zum Eigenheim“.

Verschönte das Fest! Die hundert Kleinigkeiten (Papier, Sterne, Kärtchen, Kalender usw.), die das Fest verschönern, liefern wir Ihnen in Weihnachtspaketen zu RM 25.-, 50.- und 100.- gegen Nachnahme oder Voreinsendung. Jul. Hampel, Heidelberg, Brunnengasse 20/24.

Bunter Abend, Weihnachten, Sylvester, Fasching zur erfolgreichen Gestaltung in Verein und Familie alle Manuskripte anerkannt gut und preiswert durch: W. G. Mechtel, Bad-Godesberg (22c), Kronprinzenstr. 80 II. Angebotsliste 1 RM. (32-1077)

Rasierklingen, 5 Rpl. das Stück, bezahlen Sie zum Nachschleifen, haarscharf. Senden Sie heute noch Klängen, Geldbetrag und 48 Rpl. Rückporto an mich ab. F. O. Kaiser, Stuttgart-Weil im Dorf, Triegelackerstr. 10. (32-1288)

Verschiedenes

Existenz (selbständige) mittels Kl. Fabrikation und Einsatz weniger Mittel geboten. Ang. an P. 698 Anz.-Verw. Koetter, Wiesbaden, Wagemannstr. 3. (A10-25)

Buchverleger - Verzeichnis liefert K. Allihn, (16) Battenberg/Eder 5070. Prospekte geg. Rückporto.

Gastwirt (Küchenchef) sucht GASTHAUS zu pachten. Erbitte auch Angebote von solchen Besitzern oder Brauereien, die genügend Platz bieten für Volksküche zu errichten. Evtl. auch -00 kleinerer Landwirtschaft. Nr. 32-1271 Postf. 361.

FREIBURGER VERANSTALTUNGEN

armonie-Lichtspiele Kreis bester Pflmkkünstler in dem Wien-Film: „Späte Liebe“ Paula Wessely, Attila Hörbiger, Inge List, Gustav Waldau. - Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 u. 16.30 Uhr, Donnerstag und Samstag nur 14.15 Uhr. Vorverkauf an den Spieltagen 10-12 und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse.

Städt. Bühnen Freiburg Casino: 10. Dezember, 20 Uhr: „Die lustige Witwe“ 11. Dezember, 20 Uhr: „Der Babler von Sevilla“ (In neuer Inszenierung) Kammerspiele: 10. Dezember, 14.30 Uhr: „Schneeweißen u. Rosenrot“

Casino-Lichtspiele Bis einschl. Donnerstag, 11. 12. Das Lebensschicksal zweier Waisenkinder: „Die beiden Schwestern“ mit Gisela Uhlen, Marina von Ditmar, Ida Uhl, Georg Alexander, Albert Florath. Neueste Wochenschau, Jugendfrei. Ab Freitag, 12. Dezember. Ein atemberaubender Kriminalfilm: „Der zweite Schuß“ mit Susi Nicoletti, Hanna Witt, Richard Häußler, Ernst v. Klippstein, Fritz Kampers, Gustav Waldau. Neueste Wochenschau, Jugendfrei. Spielzeiten: täglich: 14.15 und 16.30 Uhr, Sonntag 16 und 12 Uhr; Montag: 14.15, 16.30, 18.45 und 21 Uhr.

Union-Theater Bis mit Donnerstag! Jenny Jugo in der reizenden Ehe-Komödie „Die Gattin“ mit Willy Fritsch, Viktor Staal, Hilde v. Stolz, Jugendfrei. Ab Freitag, 12. Dezember: „Karawane“ Eine schöne Frau zwischen Abenteur und Leidenschaft. In deutscher Sprache mit Isa Pola, Michel Simon, Jugendfrei. Montag bis Donnerstag: 14.30, 17.00, 19.30 Uhr, Freitag bis Sonntag: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13 Uhr. (39)

Friedrichsbau-L'spiele Bis einschl. Donnerstag, 11. 12.: „Der Graf von Monte Christo“ II. Teil. In deutscher Sprache: Die Vergeitung Ab Freitag, 12. Dezember. Ein

Spezialist für Rattenverteilung Albert Merkel, Freiburg-Haslach Gutleutstraße 5

Was schenke ich zu Weihnachten? Fechner: Wie konnte es geschehen? Halbleinen geb. RM 4.50. Ruffer, der gepetschte Pegasus, a la Wilhelm Busch, Preis RM 4.80. Bücher-Pfister-Ulm-Donau, III B. Zu Weihnachten! Ihre Kinder jubeln vor Freude über die schönsten, lustigen und rätselhaften Zauber-Kunststücke die ohne Apparate garantiert kinderleicht vorzuführen sind. 12 Schlager-Kunststücke gegen Voreinsendung von RM 15.-. Karl Grüber, (13b) Haar b. München, Schießbach 2/K. (A2-5)

Achtung! Kernseife u. Bohnerwachs können Sie selbst herstellen. Verlangen Sie das Herstellungsrezept gegen Voreinsendung von RM 5.-. Heb. Welsch, Herstellung und Vertrieb chem.-techn. Erzeugnisse. (16) Bleichstraße 28. (32-1295)



und erneuert haben die alten Oberhanden und Sporthemden wieder gut aus. Was dazu an Stoff und Zutat gebraucht wird, erfahren Sie bei C. WERNER-BLUST